



Dr. Leyh, Dr. Kossow & Dr. Ott

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft · Steuerberatungsgesellschaft

Anlage 4

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008

Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

Lagebericht 2008

A. Darstellung des Geschäftsverlaufes und Lage des Unternehmens:

Im Berichtsjahr schließt die Gesellschaft mit einem Jahresfehlbetrag i.H.v. EUR 169.918,64 ab.

Das Jahresergebnis entspricht im Wesentlichen dem über den Wirtschaftsplan beschlossenen Ergebnis.

Hierdurch wird aufgezeigt, dass die anfallenden Kosten nicht über eigene erwirtschaftete Erträge abgedeckt werden können. Vielmehr ist die Gesellschaft auf öffentliche Zuschüsse bzw. Zuschüsse der Stadt als alleinige Gesellschafterin der Gesellschaft angewiesen. Im Berichtsjahr sind der Gesellschaft Zuschüsse i.H.v. TEUR 106 vom Rheinisch Bergischen Kreis für den allgemeinen Personennahverkehr gezahlt worden.

Darüber hinaus sind von Seiten der Stadt Zuschüsse i.H.v. TEUR 170 zur Verlustabdeckung 2008 gezahlt worden.

Der Materialaufwand, der sich im Berichtsjahr auf TEUR 230 beläuft, wird im Wesentlichen durch den Aufwandsersatz für die von den Verkehrsunternehmen durchgeführten Betriebsleistungen geprägt.

Die Personalkosten stagnieren. Die wesentlichen Arbeiten werden von städtischen Bediensteten erledigt. Hierfür wird eine Verwaltungskostenumlage erhoben. Diese und die übrigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen (TEUR 4).

Per Saldo hat sich das Betriebsergebnis um TEUR 4 von TEUR -166 auf EUR -170 verschlechtert.

Durch die fortlaufende Unterstützung der Gesellschafterin kann davon ausgegangen werden, dass auch in der Zukunft alle Verbindlichkeiten fristgerecht bedient werden können.

B. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Wirtschaftsjahres eingetreten sind

Vorgänge von Bedeutung, die nach Schluss der Wirtschaftsjahres 2008 eingetreten sind, dieses aber noch wirtschaftlich belasten und im Abschluss nicht ihren Niederschlag gefunden haben, ergaben sich nicht.

C. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft.

Hinsichtlich des inneren Verwaltungsaufwandes hat sich die Situation nicht verändert. Eine weitere Senkung der Kosten wird nicht mehr erwartet.

Die Gesellschaft befindet sich in einer Strukturklärung hinsichtlich des Schülertickets. Sie wird – unabhängig von den Details – auch zukünftig eine wichtige Schnittstellenfunktion zu den Kunden haben, speziell auf dem Feld der Freifahrterstattungen. Dabei soll es grundsätzlich bei der Kostenneutralität des Schülertickets bleiben. Die SVB soll weiterhin "lediglich" ihre Dienstleistungen zur Verfügung stellen.

Weiterhin wird sich die Gesellschaft für aktuell bedarfsgerechte ÖPNV-Angebote einsetzen. Unter Würdigung des insgesamt guten Netzes wird es dabei neben den bekannten Taktverdichtungen vor allem um bedarfsgesteuerte Systeme in bisher nicht versorgten Bereichen oder Zeiten gehen. Hier erweist sich die Flexibilität der GmbH regelmäßig als vorteilhaft.

Damit kann die Gesellschaft auch ohne förmliche Aufgabenträgerschaft zu einer Weiterentwicklung des Angebots beitragen. Dies hat sich beispielsweise hinsichtlich der Linie 454 bewiesen, die durch die SVB eingeführt und nun – nach Wegfall des Kreiszuschusses – zur Kompensation vom Rheinisch-Bergischen Kreis weitergeführt wird.

Aus dem politischen Raum besteht der Auftrag, den Gesellschaftszweck durch Hinzufügung neuer Aufgabenfelder zu erweitern. Dabei handelt es sich um Dienstleistungen mit dem Schwerpunkt Erwerb, Entwicklung und Veräußerung unbebauter Immobilien, wobei es – schon aus Gründen des (Kommunal-) Wirtschafts- und Steuerrechts – ausschließlich um solche Flächen gehen kann, die auf Dauer durch private Eigentümer genutzt werden. Erschließungsflächen aller Art soll die Gesellschaft spätestens nach dem Entwicklungsprozess an die Stadt bzw. den jeweiligen Erschließungsträger abgeben. Es bleibt abzuwarten, ob die entsprechenden Änderungen vorgenommen werden. Wenn ja ist ergänzend beabsichtigt, auch die im Controllingkonzept der Stadt vorgegebenen Änderungen der Steuerungsstruktur (Wegfall Aufsichtsrat, politisch besetzte Gesellschafterversammlung) umzusetzen.

Die Risiken der Gesellschaft ergeben sich aus den mittelfristig umzusetzenden Unternehmenszielen und ggf. veränderten gesetzlichen oder wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Speziell sind zu nennen

- die Kostenentwicklung bei den angemieteten Verkehren
- Kosten- und Erstattungssituation beim Schülerticket (steigende Betriebskosten, erhöhte Inanspruchnahme der Freifahrer-Erstattung, sinkende Abnehmerzahlen). Der VRS trägt zukünftig keine finanziellen Risiken mehr.

Dabei werden alle Verträge jährlich gestaltet, wobei aber bei den angemieteten Verkehren aufgrund der fahrplantechnischen Vorlaufzeiten zusätzliche Kündigungsfristen zu beachten sind.

Sowohl die diskutierte Erweiterung des Gesellschaftszwecks als auch die Verhandlungen um das Schülerticket sowie zur Weiterentwicklung des Netzes haben wiederum gezeigt, dass die bestehende Gesellschaft durch ihre organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten eine aktive Rolle – vor allem in der Kooperation mit dem Aufgabenträger und den Verkehrsunternehmen – einnehmen kann. Auch ohne die formalen Instrumente der Aufgabenträgerschaft oder der Verkehrsunternehmerfunktion lassen sich so die ÖPNV-Angebote in Bergisch Gladbach zeitnah und zielgerichtet beeinflussen.

Bergisch Gladbach, den 22.09.2009



Stephan Schmickler
(Geschäftsführer)